

Stand: 14.05.2025 03:01:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22525

"Ukraine, Georgien und Moldau - Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22525 vom 05.05.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23116 des BU vom 10.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23263 vom 22.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Ukraine, Georgien und Moldau – Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht mit großem Respekt den Kampf um Freiheit und Demokratie, den die Ukraine gegen einen aggressiven Angriffskrieg Russlands führt.

Der Landtag betont, dass im Rahmen dieses Konflikts auch die Freiheit Europas und die Europäische und internationale Rechts- und Friedensordnung verteidigt wird.

Vor diesem Hintergrund ist die geostrategische Bedeutung der Anbindung der Ukraine, Georgiens und Moldaus an Europa von herausragender Bedeutung.

Im Interesse gerade dieser Länder und der Europäischen Union sind aber Beitrittsperspektiven und -prozesse auch in Krisenzeiten sorgfältig vorzubereiten. Als Brücke können hier kurz- und mittelfristig Instrumente einer intensivierten europäischen Nachbarschaftspolitik und der mit der Ukraine, Georgien und Moldau bestehenden Assoziierungsabkommen genutzt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine zu ergreifen, um die Ukraine mit humanitären Maßnahmen zu unterstützen. Die Staatsregierung möge auch die Ukraine und weitere bedrohte Staaten auf ihrem Weg zu einer engeren Anbindung an Europa unterstützen.

### **Begründung:**

Der Kampf um Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit erfordert die Solidarität der Staaten der freien Welt. Die Ukraine und andere durch russischen Imperialismus gefährdete Staaten haben die Unterstützung und gemeinsame Anstrengungen Europas verdient.

Dabei gilt aber – auch in dieser besonderen Situation –, dass im Interesse der Menschen in der Ukraine, Moldaus und Georgiens sowie der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union vor einem Beitritt und Schritten die dazu notwendigen Voraussetzungen erarbeitet und erfüllt werden.

Die „Kopenhagener Kriterien“ für einen EU-Beitritt sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Stabilität der Europäischen Union. Bereits heute steht die Europäische Union vor einer Vielzahl von Fragen und Herausforderungen. Der Austritt des Vereinigten Kö-

nigreichts hat ein Schlaglicht auf die bestehenden, internen Problemstellungen geworfen. Nach wie vor sind die Überlegungen über notwendige, interne Gestaltungen der Europäischen Union nicht abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, der Ukraine, Georgien und Moldau die Hand zu reichen und sie auf ihrem Weg Richtung Europa weiter tatkräftig zu unterstützen. Es bedarf jedoch auch der Ehrlichkeit: Ein Kandidatenstatus oder gar Beitritt ist an vorgegebene Kriterien gebunden. Diese Kriterien müssen erfüllt sein, bevor entsprechende Schritte in einem Beitrittsprozess beginnen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 18/22525

**Ukraine, Georgien und Moldau - Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Alex Dorow**  
Mitberichterstatter: **Markus Rinderspacher**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 10. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: kein VotumZustimmung empfohlen.

**Tobias Gotthardt**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/22525, 18/23116

### **Ukraine, Georgien und Moldau – Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive**

Der Landtag sieht mit großem Respekt den Kampf um Freiheit und Demokratie, den die Ukraine gegen einen aggressiven Angriffskrieg Russlands führt.

Der Landtag betont, dass im Rahmen dieses Konflikts auch die Freiheit Europas und die Europäische und internationale Rechts- und Friedensordnung verteidigt wird.

Vor diesem Hintergrund ist die geostrategische Bedeutung der Anbindung der Ukraine, Georgiens und Moldaus an Europa von herausragender Bedeutung.

Im Interesse gerade dieser Länder und der Europäischen Union sind aber Beitrittsperspektiven und -prozesse auch in Krisenzeiten sorgfältig vorzubereiten. Als Brücke können hier kurz- und mittelfristig Instrumente einer intensivierten europäischen Nachbarschaftspolitik und der mit der Ukraine, Georgien und Moldau bestehenden Assoziierungsabkommen genutzt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine zu ergreifen, um die Ukraine mit humanitären Maßnahmen zu unterstützen. Die Staatsregierung möge auch die Ukraine und weitere bedrohte Staaten auf ihrem Weg zu einer engeren Anbindung an Europa unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.









12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag  
„Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.“  
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag  
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ukraine, Georgien und Moldau –  
Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive  
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.